

Die Neue Zeit

Wochenschrift der Deutschen Sozialdemokratie

2. Band Nr. 14

Ausgegeben am 4. Juli 1919

37. Jahrgang

Stachdruck der Artikel nur mit Quellenangabe gestattet

Friedensschluß.

Von Heinrich Cunow.

Die Würfel sind gefallen. Nach einer Woche stürmischer innerfraktioneller Kämpfe, dem Rücktritt des Kabinetts Scheidemann und seiner Ersetzung durch das Zweiparteienministerium Bauer-Erzberger hat am 22. Juni die deutsche Nationalversammlung zu Weimar das Friedensedikt der Entente mit 237 gegen 138 Stimmen bei 5 Stimmenthaltungen angenommen. Damit war die bange Frage der Annahme oder Ablehnung des Gewaltfriedens entschieden, denn die hinzugefügten Vorbehalte hatten — darüber konnte sich kein Realpolitiker im Zweifel sein — nur dekorativen Wert. Für jeden, der die Absichten und Ziele der Ententegrößen kennt, war von vornherein klar, daß sie, nachdem die Nationalversammlung eine so ansehnliche Stimmenmehrheit für die Unterzeichnung aufgebracht hatte, alle Vorbehalte brutal zurückweisen würde — in der sicheren Annahme, daß, wenn die Nationalversammlung so weit gegangen sei, sie auch schließlich die letzten schweren Schritte tun werde.

Nichts wäre ungerechter, als gegen jene, die den Friedensbedingungen zugestimmt haben, jetzt den Vorwurf zu erheben, sich ihr Votum und dessen Folgen nicht hinreichend überlegt zu haben. Viele haben tagelang mit sich selbst gerungen im harten Kampfe zwischen Empörung und Überlegung, Vaterlandsgefühl und Verantwortungsbedenken, ehe sie ihre Stimme abgaben. Leichtsinzig, ohne langen Widerstreit mit sich selbst dürfte niemand abgestimmt haben. Dennoch untersteht auch diese Abstimmung, wie alle Akte des politisch-parlamentarischen Lebens, der öffentlichen Kritik, und mir erscheint, wie ich offen bekenne, die Zustimmung zu dem Friedensedikt als verfehlt — verfehlt namentlich angesichts der sich im Schoße der Entente regenden Gegensätze und der Lockerung fast aller sie zusammenhaltenden Bande. Die Opposition mächtiger amerikanischer Wirtschaftsgruppen, vornehmlich der Hochfinanz, gegen die Wilsonsche Politik ist in den letzten Wochen stetig gewachsen. Immer deutlicher tritt die geschäftliche Rivalität dieser Gruppen gegen die englische Konkurrenz hervor. Die Kriegsmüdigkeit in Amerika, England und Frankreich nimmt ständig zu, die Truppenmeutereien in den englischen und französischen Kriegslagern mehren sich; ebenso die großen Streiks. Italien wendet sich von der französischen und englischen egoistischen Machtpolitik ab; das Kabinett Orlando stürzt. Alles Symptome einer mit Riesenschritten vorwärts schreitenden Zersetzung der Entente. Sicherlich, die Ablehnung der Friedensbedingungen würde die drei Großmächte Amerika, England und Frankreich zunächst zu dem Versuch bewogen haben, die Unterschrift zu erzwingen, voraussichtlich durch die Erneuerung der Blockade und die Befestigung rechtsrheinischer Gebiete sowie durch den Einmarsch polnischer Truppenteile im

Osten. Aber das physisch und geistig erschöpfte, demoralisierte deutsche Volk wäre eine neue harte Prüfungszeit hereingebrochen. Aber auf wie lange? Die innere Zersetzung der Entente wäre durch solche Gewaltmaßnahmen schnell gefördert, der Widerstand politisch einflussreicher amerikanischer Volkskreise gegen Wilsons Regierung gesteigert worden. Ein Ergebnis, das um so höher zu bewerten ist, als hauptsächlich Amerika die Nahrungsmittel für die einmarschierenden Truppen und die neubesetzten deutschen Gebiete hätte liefern müssen und als ferner das von den amerikanischen Iren geforderte Selbstbestimmungsrecht für Irland in der Union immer mehr Unterstützung findet.

Die Folge der Nichtunterzeichnung wäre also wohl zunächst eine Verstärkung des Druckes gewesen — aber mit der ziemlich sicheren Aussicht, daß die Gegensätze zwischen den Ententestaaten sich bald noch weit mehr zugespitzt und sie sich zu noch weit beträchtlicherer Reduktion ihrer Friedensbedingungen verstanden hätten. Durch die Annahme des Friedensdiktaus ist zwar der Einmarsch fremder Bataillone im Westen verhütet — ob auch im Osten der Ausbruch neuer Kämpfe vermieden wird, ist noch eine große Frage —, die neue Hungerblockade abgewehrt, aber dieser augenblickliche Vorteil ist erkaufte mit der Auslieferung weiter östlicher Gebietssteile an Polen, mit einer fortgesetzten Cürung in den Ostprovinzen, dem Verlust der bisherigen Lebensmittelzufuhr aus dem Osten nach Mitteldeutschland, mit der wirtschaftlichen Versklavung des deutschen Volkes und der Aufrichtung einer fremden Finanzherrschaft, die — das wird noch immer in den Arbeiterkreisen zu wenig begriffen — alle Aufwendung größerer Mittel für Sozialisierungs- und Kulturzwecke unmöglich macht und mit innerer Notwendigkeit dahin treibt, daß alle Verstaatlichungen, Monopolisierungen, Kommunalisierungen in einen ausgeprägten Staats- und Kommunalfiskalismus ausmünden.

Zur Begründung der Zustimmung zu dem Versailler Friedensedikt wird meist, wenigstens in unserer Partei, ausgeführt, die Nichtunterzeichnung würde in den deutschen Großstädten, in denen »Unabhängige« und Spartakisten eine größere Anhängerschaft besitzen, neue Putsche und Unruhestörungen zur Folge gehabt haben. Daß für diese Annahme die Wahrscheinlichkeit spricht, muß zugegeben werden; aber bietet denn die Unterzeichnung irgendwelche Garantie dafür, daß die Masse nicht doch, sobald sie erst die brutale Härte der Friedensbedingungen und der Arbeitsfront, in die diese Bedingungen sie zwingen, erkennen lernt — heute kennt sie diese noch nicht —, zu gewaltsamer Auflehnung greift? Der Unterschied wird voraussichtlich dann nur sein, daß die Regierung den Kampf nach zwei Fronten zu führen haben wird, nach links und zugleich nach rechts gegen eine erstarkende Reaktion, die sich darauf berufen kann, daß sie gegen die das deutsche Volk versklavenden Bedingungen gestimmt hat. Zudem aber zeugt es meiner Ansicht nach von einer Verkennung der Stimmung im Osten, wenn man annimmt, die dortige Bevölkerung werde sich ruhig von Deutschland abtrennen lassen und nicht den Versuch machen, sich der polnischen Herrschaft zu widersetzen.

Mancher tröstet sich zwar mit der Hoffnung, die harten Friedensbedingungen würden wahrscheinlich gar nicht zur Ausführung kommen; denn sie

seien beim besten Willen nicht zu erfüllen, und wenn man erst auf Seite der Ententemächte einsehe, daß sie Unmögliches fordern, würde man schließlich doch manche Forderung fallen lassen. Derselbe naive Optimismus, mit dem man noch im vorigen Jahre verkündete, wenn erst der Militarismus in Deutschland beseitigt sei und Wilhelm II. abgedankt habe, würden die westlichen Demokratien gar bald mit uns einen billigen Frieden schließen. Derselbe naive Optimismus, mit dem man sich dann vertrauensselig auf die sogenannten vierzehn Punkte Wilsons verließ und mit dem noch im Januar hervorragende Politiker der »Unabhängigen« behaupteten, den harten Waffenstillstandsbedingungen würden, wenn sie von Deutschland eingehalten würden, um so mildere Friedensbedingungen folgen. Nichts als Illusionen. Gewiß, wo nichts ist, kann man nichts holen, und soweit die Friedensbedingungen durchaus unerfüllbar sind, werden die Ententestaaten auf ihre Erfüllung verzichten müssen; aber vorher werden sie, pochend wie Shylock auf seinen Schein, mit allen Mitteln des rücksichtslosesten Druckes und Zwanges versuchen, ihre »berechtigten«, von Deutschland selbst anerkannten und feierlich unterschriebenen Forderungen durchzusetzen — und sie werden bei diesem Versuch in ihren eigenen Ländern kaum auf nennenswerten Widerstand stoßen, höchstens auf die Empfehlung einiger wohlmeinender Ideologen, ihre Forderungen, falls es nicht anders ginge, zeitweilig zu prolongieren.

Von anderen Seiten wird die Unterzeichnung der Friedensbedingungen damit begründet, daß der Vertrag doch nicht zur Durchführung gelangen werde, da ihn sicher die bevorstehende Weltrevolution umstoßen werde. Eine andere Illusion; denn man versteht unter »Weltrevolution« nicht die durch den Krieg herbeigeführte Umwälzung aller wirtschaftlichen Lebensverhältnisse und deren stetig fortschreitende Rückwirkung auf die politischen Zustände, eine Revolution, die sich nicht nur schon heute auf die am Kriege beteiligt gewesenen, sondern auf alle europäischen Staaten erstreckt, sondern die Eroberung der Staatsgewalt durch die Arbeiterchaft und die Aufriichtung eines sozialistischen, beziehungsweise kommunistischen Regiments — noch genauer gesagt, man versteht darunter das Übergreifen des Bolschewismus auf ganz Europa. Wenn dann überall in England, Frankreich, Belgien usw. die sozialistische Republik errichtet sei, dann würden, so verheißt man, die proletarischen Regierungen dieser Länder friedlich zusammentreten und ihre noch aus dem Zeitalter des Kapitalismus stammenden Verträge im Geiste der Brüderlichkeit revidieren. Schöne Träume! Wer darauf seine Hoffnungen setzt, dürfte noch recht lange auf eine Revision des Gewaltfriedens warten müssen. Möglich, ja wahrscheinlich, daß noch die Zeit der Aufstände und lokalen Putsche nicht vorüber ist und auch die Ententestaaten nicht ganz davon verschont bleiben werden, doch die vereinigten bolschewistischen Republiken Europas sind ein utopisches Nebelgebilde. Im Gegenteil, die Tage bolschewistischer Herrschaft neigen selbst in Rußland ihrem Ende zu.

Recht wahrscheinlich ist zwar, daß der Friedensvertrag nicht zur vollen Auswirkung kommen wird, aber nicht, weil der Bolschewismus in Europa zum Siege gelangt, sondern weil die durch den Friedensschluß geschaffenen politischen Verhältnisse, vor allem die neuen Staatengebilde Mitteleuropas, gar nicht lebensfähig sind, vor allem nicht der geplante Polenstaat, der nicht

nur Polen umfaßt, sondern ein buntes Gemengsel von Deutschen, Polen, Masuren, Litauern, Ruthenen, Weißrussen und Juden bilden wird, geradezu eine Parodie auf das von Wilson proklamierte Selbstbestimmungsrecht der Nationen. Aber solche Auflösung und Wiedergestaltung der neuentstandenen Staatsgebilde wird sich nicht ohne neue blutige Kämpfe, ohne neues Völkerringen vollziehen. Wer auf solche Änderung rechnet, erkennt daher zugleich an, daß der durch die Weimarer Abstimmung herbeigeführte jetzige Friedensschluß neue Kriege nach sich ziehen muß. Und tatsächlich statt des ewigen Friedens, von dem noch vor wenigen Monaten so viel geredet wurde, verheißt uns die Zukunft neue Nationalitäten- und Volkskämpfe — trotz des Wilsonschen Völkerbundsprojekts. Der jetzige Friedensschluß leitet nicht eine Friedensära ein, er bedeutet nur eine Kampfpause.

Doch es hat keinen Zweck, jetzt, nachdem die Nationalversammlung in Weimar entschieden hat, noch Betrachtungen über die Gründe anzustellen, die vielfach für diese Entscheidung angeführt werden, zumal Gründe und Gegengründe zu einem wesentlichen Teil auf Vermutungen und Wahrscheinlichkeitsrechnungen beruhen. Und noch weniger erscheint mir die heutige kritische Lage dazu geeignet, daß die Unterzeichner und Nichtunterzeichner des Friedensdikтатаß jetzt in der Partei gegeneinander Vorwürfe und Anschuldigungen erheben. Selbst der beste geschichtskundige Beobachter überblickt immer nur einen relativ kleinen Teil der ihn umgebenden Gesamterhältnisse, besonders in dem heutigen Durcheinander widersprüchsvoller Neuerscheinungen, und ist daher in seinem Urteil über diese wie der in ihnen zum Durchbruch gelangenden Entwicklungstendenzen auf Abschätzungen und Annahmen angewiesen, ganz abgesehen davon, daß bei der Meinungsbildung Wollen und Wünschen meist erheblich mitsprechen. Ob es richtiger gewesen wäre, die Friedensbedingungen abzulehnen oder sie anzunehmen, ob das eine oder das andere das kleinere Übel bedeutete, kann deshalb auch heute mit irgendwelcher Sicherheit nicht entschieden werden. Darüber wird die Geschichte der kommenden Jahre entscheiden. Ihr Urteil gilt, nicht das heutige Meinen und Glauben.

Gar nicht berücksichtigt werden meist heute die Folgen, die die Zustimmung zum Friedensvertrag für unser inneres Parteileben haben muß. Mag immerhin der Teil der Parteiführer im Reich und in Preußen, der die Unterzeichnung für verfehlt hält, sich zunächst aus Parteidisziplin der Parteimehrheit unterordnen, so ist doch ganz unausbleiblich, daß das ohnehin schon vorhandene Gefühl, in der Partei bestehe längst keine Einheitlichkeit mehr in bezug auf Auffassung und Bewertung ihrer Stellung im Volksganzen und zu den dringenden national- und wirtschaftspolitischen Problemen, noch verstärkt wird. Die Folge kann nur — das lehrt die Parteipsychologie — eine Vermehrung der inneren Zersahrenheit und Unsicherheit, eine Entstehung neuer Unterströmungen sein, zumal die Weimarer Abstimmung, die die Partei wieder in engere geistige Liaison mit den Unabhängigen gebracht hat, unvermeidlich dahin führen muß, daß ein Teil unserer Partei, der ohnehin geistig abhängig vom Ideenkreis der Unabhängigen ist, sich zu diesen noch mehr hingezogen fühlen wird, während ein anderer Teil Anschluß an die bürgerliche Demokratie suchen wird.

Das ist für unsere Partei um so gefährlicher, als sie vielleicht noch nie innerlich so zersahren gewesen ist und sich so im unklaren über die Entwick-

lungstendenzen der Gegenwart und über die nächsten Etappen des eingetretenen Umwälzungsprozesses befunden hat wie heute. Darüber vermag auch nicht die Tatsache hinwegzutäuschen, daß die Parteiskandale, die mancher auf dem jüngsten Parteitag in Weimar erwartet hatte, nicht eingetreten sind und den in der Regierung sitzenden Parteiführern ein Vertrauensvotum ausgesprochen wurde. Wer kritisch die Verhandlungen verfolgt, wer in Privatgesprächen mit Parteidelegierten deren Ansichten über die gegenwärtige politische Lage, unser Verhältnis zu den anderen Parteien und über die nächsten Zukunftsaufgaben erforscht hat, der dürfte, falls ihm nicht ein naiver Revolutionsoptimismus die Urteilsfähigkeit geraubt hat, wenig erfreuliche Eindrücke von Weimar mit hinweggenommen haben.

Diese Zerfahrenheit und geistige Uneinigkeit der sozialistischen Bewegung ist freilich keine neue Erscheinung, wenn sich auch früher nicht die verschiedenen Auffassungen mit so drastischer Ungeniertheit hervorgewagt haben. Die immer wieder auf allen Kongressen und Tagungen hervortretenden scharfen Gegensätze und die sogenannten Richtungskämpfe unserer Presse liefern dafür den Beweis. Ihre Ursache hatten diese Differenzen hauptsächlich in der Tatsache, daß zwischen der politischen Kampfpraxis, besonders der parlamentarischen und gewerkschaftlichen Taktik, mit ihrer Anpassung an das politische Tagesbedürfnis und der Parteitheoretik mit ihrem Festhalten an alten überlieferten Entwicklungsstraditionen eine starke Spannung entstanden war. Angewiesen darauf, dem Drängen der Arbeiterklasse nach Befriedigung ihrer Lebensbedürfnisse Rechnung zu tragen, hatten die sozialistischen Fraktionen in den verschiedenen Parlamenten mehr und mehr die Bahn des passiven Abwartens und der bloßen revolutionären Demonstrationen verlassen und waren zu planmäßiger Mitarbeit an der Verbesserung der sozialen Zustände übergegangen, während die Parteitheoretik meist ohne Rücksicht auf den Wandel der Dinge an den alten sozialistischen Jugendtraditionen und den früheren Wirtschaftsstufen entsprechenden Entwicklungsauffassungen festhielt. Dazu kam, daß in den meisten deutschen Landes- teilen, von der Teilnahme am eigentlichen Verwaltungsdienst abgeschnitten, die Partei sich um so mehr auf die bloße Agitation warf und die großen politischen Volks- und Staatsfragen einseitig unter dem Gesichtswinkel des lokalen Agitationserfolges einschätzen lernte.

Der Kriegsausbruch und die ihm später folgende Parteispaltung haben diese Parteiverwirrung und innere Richtungsgegensätzlichkeit ebensowenig beseitigt wie das Weitertröten im Geleise alter illusionärer Entwicklungs- traditionen; denn die Parteispaltung vollzog sich nicht auf Grund bestimmter Entwicklungserkenntnisse; sie war nicht eine Trennung zwischen verschieden- artigen sozialistischen Anschauungs- und Auffassungskomplexen, sondern links und rechts schieden sich nach Gefühlsmomenten, nach ihrer Stellung zum Kriege, oft nur nach ihrer größeren oder geringeren Empörung über die mißlichen Ernährungsverhältnisse. Eine Zeitlang, als so manche alten Hoff- nungsträume, Verheißungen und Illusionen zusammenbrachen, schien es zwar, als würde die Partei sich neu orientieren und die frühere Parteiagitationspolitik in eine Staatspolitik über- gehen; aber es ist bei Ansätzen geblieben. Die frühere Entwicklung, be- sonders die Zeit des Sozialistengesetzes, hatte den alten Agitationstraditionen und Oppositionsbegriffen eine zu große Konsistenz verliehen. Nur keine kon-

sequente Neuorientierung innerhalb der allgemeinen Umwälzung aller Weltverhältnisse, kein systematisches Umlernen. Das Sprechen von der Notwendigkeit eines Umlernens wurde geradezu verpönt. Solches Umlernen war Verrat der alten Prinzipien, und Prinzipienerräter wollte niemand sein. Daß auch ein politisches Prinzip etwas Wandlungsfähiges, eine aus bestimmten Erkenntnissen abgeleitete Norm des politischen Handelns ist, die sich notwendig mit der Summe dieser Erkenntnisse und der ihnen zugrunde liegenden politischen Lebensverhältnisse ändern muß, wurde völlig ignoriert.

Dazu kam, daß nach dem 9. November ein ungemein starker Zustrom der verschiedenartigsten ideologischen Elemente in die Partei erfolgte. An und für sich eine höchst erfreuliche Erscheinung; nur war eine starke innere Geschlossenheit und politische Zielbewußtheit des alten Parteikörpers erforderlich, um diesen Kräftezuwachs sich als wertvollen Neubestandteil einzugliedern und ihn zu absorbieren. Eine solche Absorptionsfähigkeit war aber nur in wenigen engen Parteikreisen vorhanden. Teilweise hat im Gegenteil die von diesen Elementen in die Partei hineingetragene Ideologie dort die Oberhand gewonnen.

Wie unklar sich heute die Partei über ihre eigene geistige Konstitution und die durch diese bedingte Inaktivität ist, zeigt vielleicht am besten der Eifer, mit dem ein großer Teil der Parteimitglieder eine Einigung mit den Unabhängigen und Spartakisten, zum mindesten mit den ersteren, erstrebt — in der Annahme, daß dadurch die Partei an Stärke und Festigkeit gewinnen und die Möglichkeit erlangen würde, ihre sozialistischen Pläne schneller und in umfassenderer Weise zu verwirklichen. Eine durchaus irrtümliche Ansicht. Die Vereinigung mit den Unabhängigen würde zwar zunächst eine Vermehrung der Mandate in einigen Parlamenten zur Folge haben, zugleich aber auch die Abschwenkung einer Anzahl unserer klarstehenden Parteigenossen nach rechts, vielleicht die Wiedererstehung eines seiner ideologischen Elemente entledigten Nationalsozialismus oder Sozialliberalismus, und ferner eine noch größere Zerfahrenheit unseres Parteikörpers, eine Vermehrung der inneren Gegensätze und Reibungen, die Entstehung neuer Unterströmungen.

Die Partei hat in den Kriegsjahren das systematische Umlernen, das heißt die Anpassung an die neuen politischen Entwicklungsbedingungen, versäumt. Sie wird es in den kommenden Zeiten unter dem Drucke der uns durch den Friedensvertrag aufgezwungenen Lebensbedingungen nachholen müssen, wenn sie nicht in ihrer Bedeutung mehr und mehr zusammenschrumpfen will. An die Stelle der überlieferten Agitations- und Oppositionspolitik muß eine über das Parteigetriebe hinweggehende Staats- und Volkspolitik treten. Es führt kein anderer Weg zum Ziel.

Rätesystem und Industriewissenschaft.

Von Richard Wolbt.

Genosse Wissell hat kürzlich in der Neuen Zeit (Nr. 9 dieses Bandes) die Niederschrift des Vortrags veröffentlicht, den er auf dem zweiten Rätekongress über die verschiedenen Organisationsvorschläge zur Verwirklichung des Rätesystems gehalten hat, da sich auf dem Kongress zeigte, wie unklar